Beschlussvorlage

Fachbereich V
Aktenzeichen:
Vorlage Nr.: BV/0323/2013

Vorlage für die Sitzung	
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr	26.11.2013 öffentlich
Rat	09.12.2013 öffentlich

Beratungsgegenstand:	Klimaschutz-Teilkonzept Erneuerbare Energien; 1. Antrag der UWG-Fraktion vom 02.10.2013; 2. Vorstellung des Abschlussberichtes und Beschluss des Klimaschutz-Teilkonzeptes zur Nutzung regenerativer Energieformen im Stadtgebiet von Rheinbach
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:	Keine
Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:	Keine

1. Beschlussvorschlag:

Zu 1. in eigener Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr:

Der Antrag der UWG-Fraktion vom 2.11.2013, betreffend Ausdehnung der Untersuchungen möglicher Windpotentialflächen auf die Rheinbacher Waldgebiete, wird aus den in der Verwaltungsvorlage zur Ausschusssitzung am 26.11.2013 dargelegten Gründen abgelehnt.

Zu 2. Beschlussempfehlung an den Rat:

Der Abschlussbericht wird zur Kenntnis genommen und das Klimaschutz-Teilkonzeptes zur Nutzung regenerativer Energieformen im Stadtgebiet von Rheinbach wird beschlossen.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Im Rahmen der Erstellung des Klimaschutz-Teilkonzeptes zur Nutzung erneuerbarer Energien wurde das gesamte Stadtgebiet einschließlich der Waldflächen untersucht. Eine Eignung von (Laub- und Misch-) Waldflächen für die Inanspruchnahme von Flächen für Windenergieanlagen ist im Einzelfall zu prüfen. Für die Ermittlung möglicher Windpotentialflächen wurden Restriktionen aufgrund tatsächlicher oder rechtlicher Belange und die, die in objektiven städtebaulichen Kriterien begründet sind, in thematischen Karten zusammengetragen.

Die Waldflächen wurden, - nach Prüfung der städtebaulichen Kriterien - wie auch die Landschaftsschutzgebiete, den sogenannten „weichen“ Tabuzonen zugeordnet. Gemäß den Darstellungen des LANUV (früher LÖBF) gehört Rheinbach zu den Kommunen, in denen die Waldvermehrung sinnvoll ist. Gemäß derzeit gültigem LEP sollen Waldflächen nur dann für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung außerhalb des Waldes nicht realisierbar ist. Darüber hinaus dienen die Rheinbacher Waldflächen der naturnahen Erholung und dem Tourismus. Gemäß den „Strategischen Zielen der Stadtentwicklung – Rheinbach 2030“ ist neben der Bewahrung der naturräumlichen Qualitäten, der Sicherung und dem Ausbau des Naherholungswertes, der Stärkung der Erholungsfunktion und der Aktivierung der Tourismuspotenziale des Landschaftsraumes um Rheinbach ein besonderer Wert in der städtebaulichen Entwicklung beizumessen. Diese Ziele werden gegenüber der Inanspruchnahme der Flächen zur Ausnutzung des Potenzials für Windenergie für die städtebauliche Entwicklung Rheinbachs als höherrangig gewertet und werden daher bei der Abwägung des Zielkonfliktes als vorrangig berücksichtigt.

Im Übrigen werden die Waldflächen in Rheinbach, soweit sie nicht bereits durch Siedlungsflächen und Naturschutzgebiete belegt sind, durch Siedlungspuffer und festgesetzte Landschaftsschutzgebiete überlagert. Das grundsätzliche Bauverbot im Landschaftsschutzgebiet kann nur durch eine Ausnahmeregelung oder eine Befreiung überwunden werden. Kriterien, die einem solchen Genehmigungsvorbehalt oder einer Zustimmungspflicht eines anderen Planungsträgers unterliegen (= konkrete Einzelfallprüfung), wurden bei der Erarbeitung des Klimaschutz-Teilkonzeptes Erneuerbare Energien für das gesamte Gemeindegebiet als Restriktionen (Tabuflächen) behandelt. Dies trifft nicht nur auf Landschaftsschutzgebiete und Waldflächen zu, sondern auch beispielsweise auf die Puffer entlang der Verkehrswege. Ziel der Untersuchung war die Identifizierung und Abbildung realistisch umsetzbarer Potenziale, bezogen auf einen Zeitraum von ca. 15 Jahren.

Zu den aufgeführten Punkten im Einzelnen:

- 1.: Beachtungspflichtig im Zuge einer FNP-Aufstellung oder – Änderung sind die genannten Ziele erst nach In-Kraft-Treten des Landesentwicklungsplans. Die Ziele des im Entwurf befindlichen LEPs vom 15.06.2013 wären in die Abwägung einzustellen, wenn zum jetzigen Zeitpunkt der FNP geändert würde – dies ist jedoch derzeit nicht beabsichtigt.

Der Windenergieerlass 2011 und der „Leitfaden Rahmenbedingungen für Windenergie auf Waldflächen in Nordrhein-Westfalen“ wurden bei der Aufstellung des Klimaschutz-Teilkonzeptes berücksichtigt.

- 2.: Der Begriff der „weichen“ und „harten Tabuzonen“ wird im Zusammenhang mit der Flächenausweisung im Rahmen der Bauleitplanung verwendet. Die Anmerkung unter Punkt 2 ist insofern richtig, als dass die im Zwischenbericht verwendete Formulierung der „Einzelfallprüfung“ im Zusammenhang mit den sog. „Tabuzonen“ verkürzt dargestellt und damit unter Umständen missverständlich ist.

Flächen im Wald unterliegen ebenso wie in Landschaftsschutzgebiete unter bestimmten (Ausnahme-) Tatbeständen der Zugänglichkeit für Windkraftanlagen – dies unterliegt jedoch Einzelfallprüfungen. Zunächst wird jedoch die grundsätzliche Eignung großräumig geprüft und es wird nicht auf einen konkreten, anlagenbezogenen Standort abgestellt.

Diese großräumige Betrachtung wurde durchgeführt. In der Abwägung der Belange (s.o.) und dem daraus folgendem Ergebnis wurden die Waldflächen der Bedeutung der Landschaftsschutzgebiete gleichgestellt und daher ebenfalls den städtebaulichen Restriktionsflächen („weiche Tabuzonen“) zugeordnet.

3.: Bei der Untersuchung der Stadt Rheinbach handelt es sich um eine konkrete, auf die Gegebenheiten des Stadtgebietes heruntergebrochene Ermittlung von Potenzialflächen, die eigene, städtebaulich begründete, abgewogene Ausschlusskriterien berücksichtigen kann. So wurden u. a. bei der Bewertung der Kriterien die „Strategischen Ziele der Stadtentwicklung – Rheinbach 2030“ mit berücksichtigt.

Da Wald, wie Landschaftsschutzgebiete, in seiner Gesamtheit in den Rheinbacher Kriterienkatalog der Restriktionen einbezogen wurde, gibt es für den Ausschluss der Flächen keine unterschiedliche Bewertung für Laub-, Misch- und Nadelwald. Die Tabelle des Zwischenberichtes bezieht sich auf die für Rheinbach festgelegten Kriterien, im Abschlussbericht wird dies ergänzend erläutert.

4.: Die Restriktionen für die Eignung von Waldflächen ergeben sich aus städtebaulichen Gründen, die u. a. in den strategischen Zielen der Stadtentwicklung – Rheinbach 2030 verankert sind. Diese strategischen Ziele wurden vom Rat beschlossen.

Die Ermittlung der Restriktionen ergab, dass die Waldflächen in Rheinbach nicht grundsätzlich als Potenzialflächen für die Ansiedlung von WEA geeignet sind:

- Rheinbach gehört zu den Kommunen, in denen eine Waldvermehrung sinnvoll ist, eine Inanspruchnahme von Waldflächen sollte daher vermieden werden, insbesondere wenn die Ziele an anderer Stelle realisiert werden können;
- die Waldflächen unterliegen bereits Restriktionen, die schon zum Ausschluss der Flächen führen.

Eine Ausdehnung der Untersuchung möglicher Windpotenzialflächen auf die Rheinbacher Waldgebiete ist unter den genannten Kriterien und Voraussetzungen unbegründet.

Zu 2: Vorstellung des Abschlussberichtes - Klimaschutz-Teilkonzept zur Nutzung regenerativer Energieformen im Stadtgebiet von Rheinbach

Das Beratungsbüro Synergiekomm in Arbeitsgemeinschaft mit BDO Technik- u. Umweltconsulting GmbH wurde am 20.03.2013 mit der Erarbeitung des Konzeptes für erneuerbare Energien in Rheinbach beauftragt.

In seiner Sitzung vom 28.05.2013 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr die Konzeptenschwerpunkte und Vorgehensweise für die Erarbeitung des Klimaschutz-Teilkonzeptes sowie die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehenen Veranstaltungsvorschläge beschlossen.

Im Rahmen eines „Energie-Cafés“ wurde am 11.06.2013 eine erste Stufe der Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt, die sich sowohl an die Bürgerinnen und Bürger als auch an relevante Akteure (Unternehmen, Mitglieder aus Vereinen, Kirchen und Politik, Betreiber von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie Vertreter der Ver- und Entsorgungswirtschaft und Land- und Forstwirtschaft richtete.

Ziel der Veranstaltung war es, Wünsche und Befürchtungen zu identifizieren, um Mobilisierungsmaßnahmen herauszuarbeiten, die auf eine breite Akzeptanz der Öffentlichkeit stoßen. Die Veranstaltung war mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr gut besucht.

Folgende Themenschwerpunkte wurden diskutiert: Solarenergie, Biomasse (Holz und biogene Reststoffe), Biogas, Geothermie, Windenergie und Energieeffizienz. Die gewonnenen Informationen und Ideen sind u.a. in die seitens des Beratungsbüros vorgeschlagenen Handlungsoptionen eingeflossen.

In seiner Sitzung am 17.09.2013 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr die vorgestellten Zwischenergebnisse der Potenzialanalysen sowie die vorgeschlagenen Handlungsoptionen gewürdigt und die Einleitung der nächsten Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde in Form einer Ausstellung in der Zeit vom 19.09.2013 bis 04.10.2013 im Foyer des Rathauses. Auch hier bestand für die interessierte Öffentlichkeit wieder die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Anregungen, Bewertungen und Mitwirkungswünsche wurden in Papierform oder als Email in einer „Ideen-Box“ gesammelt, fünf Personen nutzten dieses Angebot (siehe Anlage 1).

Die Ausstellungsinhalte sind seit dem 23.09.2013 auch auf der Internetseite der Stadt Rheinbach verfügbar (http://www.rheinbach.de/cms121/bws/erneuerbare_energien/oeffentlichkeitsbeteiligung/).

Ausgangslage

Im Jahr 2012 wurden rund 92% der Energieerträge aus erneuerbaren Energien durch die Solarenergie erbracht, die Geothermie hatte einen Anteil von ca. 8 %. Windenergie und Biogas werden nicht in Rheinbach erzeugt, Holz wird zwar energetisch verwendet, genaue Kennwerte liegen jedoch nicht vor. Der Anteil der Energieerträge aus erneuerbaren Energien betrug 9.481,5 MWh / a.

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 1 Jährliche Energieerträge und CO₂-Einsparungen durch erneuerbare Energien 2012]

Der Gesamtenergieverbrauch für Rheinbach betrug im Jahr 2012 circa 608 GWh/ Jahr. Die höchsten Anteile an diesem Endverbrauch haben die Energieträger Erdgas mit ca. 20% (ca. 121 GWh/ Jahr), Strom mit ca. 18% (ca. 109,5 GWh/ Jahr), Benzin mit ca. 16,5% (ca. 101,5 GWh/ Jahr) und Diesel mit ca. 16 % (ca. 99 GWh/ Jahr).

Fast 40% der Gesamtenergie wurden im Sektor Verkehr verbraucht, innerhalb dieses Sektors wurden 56% (ca. 62.000 t/ Jahr) der gesamten CO₂-Emissionen ausgestoßen. Bezüglich der CO₂-Emissionen folgen die Sektoren Haushalte mit ca. 26% (ca. 29.000 t/ Jahr) und Wirtschaft mit ca. 17% (ca. 19.000 t/ Jahr).

CO₂-Minderungspotenziale bestehen insbesondere bei einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und einer angestrebten Substitution der fossilen Energieträger, daneben tragen Energieeffizienz und ein ressourcenschonender Umgang mit Energie maßgeblich zur CO₂-Minderung bei. Mit Blick auf die für Rheinbach identifizierte Doppelstrategie zum Klimaschutz, einerseits Energie einzusparen und andererseits den Anteil an erneuerbaren Energien zu steigern, erscheint es z. B. sinnvoll, in einem weiteren Schritt den Sektor Verkehr auf mögliche Einsparoptionen hin zu untersuchen.

Gesamtbetrachtung

Gegenüber den am 17.09.2013 vorgestellten **Zwischenergebnisse** und dem nun vorliegenden Abschlussbericht hat es in Bezug der Potenzialberechnungen zur Nutzung von erneuerbaren Energien und den ersten Analysen im Rahmen einer Gesamtbetrachtung **keine wesentlichen Änderungen** ergeben.

Hinsichtlich der Solarthermie-Anlagen gab es eine redaktionelle Korrektur hinsichtlich der Zahl der Anlagen, es wurde aber bereits mit dem korrekten Wert der Modulflächen gerechnet.

Die **Themenbereiche Holz und Biogas / Biogene Reststoffe** wurden abschließend bearbeitet. Für die holzartige Biomasse aus Straßenpflfegemaßnahmen war keine Potenzialberechnung möglich, da keine exakten Mengenangaben seitens der Straßenbauverwaltung gemacht werden konnte.

Ein **relativ großer Zuwachs im Bereich Holz / holzartige Biostoffe** ist durch die Ermittlung der Potenziale aus Kurzumtriebsplantagen (KUP), den Miscanthus-Anbau und durch die Kaskadennutzung im Obstanbau zu verzeichnen.

[Abbildung siehe Anlage 1: Tab. 1 Energie aus holzartiger Biomasse]

Die Auswertung (siehe Tab. 1) zeigt, dass durch den zusätzlichen Anbau von KUP und Miscanthus sowie durch die Kaskadennutzung im Obstanbau bereits im **Trendszenario 2030** durch die Nutzung von Holz und holzartiger Biomasse ca. **714.000 Liter Heizöl im Jahr eingespart** werden können, bei entsprechender Anstrengung sind es im **Klimaszenario 2030 sogar rund 1.200.000 Liter im Jahr** (Abb. 2). Dies bedeutet eine CO₂-Minderung von 3.527 t im Jahr.

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 2 Ersparnis an Heizöl]

Zum Vergleich: Ein Einfamilienhaus mit 160 m² beheizter Wohnfläche, errichtet in einem KfW 70-Standard verbraucht im Jahr durchschnittlich ca. 960 Liter Heizöl, ein Passivhaus sogar nur noch 240 Liter (ohne Warmwasser) – der jährliche Heizölverbrauch von rund 1275 KfW 70-Häuser oder 5000 Passiv-Einfamilienhäusern könnte auf diese Weise ersetzt werden

Kurzfristig, d. h. bezogen auf 2015 stellt sich der mögliche Energiemix aus dem Potenzial der erneuerbaren Energien im Trendszenario 2015 wie folgt dar: 26,5% solare Energie (Solarthermie und Photovoltaik), 27,3% Holz, 41% Geothermie und 5,2% Biogas bei einem **Energieertrag aus erneuerbaren Energien von rund 11.000 MWh/Jahr und einer CO₂-Einsparung von etwa 3.500 t/Jahr.**

Im Klimaszenario 2015 ist von einem Gesamtenergieertrag von gut 23.000 MWh/ Jahr und einer CO₂-Einsparung von 7.900 t/Jahr auszugehen, dabei verschieben sich die Anteile der einzelnen Energiearten leicht in Richtung Solarenergie, wie die folgende prozentuale Aufsplittung zeigt: Solarenergie 31%, Holz 24,8%, Geothermie 38,2% und Biogas 6,1%. (siehe Tabelle 2a und 2b).

Für das Jahr 2030 ist im Trendszenario ein Energieertrag von rund 65.000 MWh/ Jahr, einhergehend mit einer CO₂-Einsparung von ca. 26.000 t/Jahr zu erwarten. Dabei nimmt der Anteil an Windenergie ca. ein Drittel der Gesamtenergieerträge aus erneuerbaren Energien ein (Abb. 3). Der prozentuale Energieertrag aus den einzelnen Energiearten teilt sich auf in: 29,2% Windenergie, 23,9% Solarenergie, 11,3% Holz, 32% Geothermie und 3,5% Biogas .

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 3 Jährliche Energieerträge u. CO₂-Einsparungen – Trendszenario]

Die **Umsetzung einer konsequenten Klimaschutzpolitik** spiegelt sich im **Klimaszenario** wieder: **2030 ist fast von einer Verdoppelung der Energieerträge auf gut 129.000 MWh/ Jahr auszugehen. Die Einsparung an CO₂ beträgt ca. 51.000 t/Jahr.** Der Energiemix (Abb. 4) setzt sich wie folgt zusammen: 24,4% Windenergie, 30,1% Solarenergie, 10,3% Holz, 32,1% Geothermie und 3,1% Biogas. (siehe Tabelle 2a und 2b)

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 4 Jährliche Energieerträge u. CO₂-Einsparungen – Klimaszenario]

[Abbildung siehe Anlage 1: Tabelle 2a und 2b Erträge u. CO₂-Einsparungen – insgesamt]

Bei den oben angegebenen Werten handelt es sich jeweils um die Momentaufnahme des Potenzials, der Bestand 2012 von rund 9.500 MWh/ Jahr Energieertrag aus erneuerbaren Energien in Rheinbach mit der einhergehenden CO₂-Einsparung wird bei der Betrachtung der oben genannten Potenziale nicht berücksichtigt.

Handlungsoptionen

Die Vermehrung erneuerbarer Energien ist, neben der Energieeinsparung, Bestandteil der Klimaschutzstrategie in Rheinbach. Im Klimaschutz-Teilkonzept werden Handlungsfelder für die einzelnen Energiearten (Solarenergienutzung, oberflächennahe Geothermie, Windenergienutzung, Holznutzung, Biogas und biogene Reststoffe) sowie übergreifende Handlungsfelder als auch das Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit betrachtet. Um die errechneten Potenziale umsetzen zu können, sind zielgerichtete Maßnahmen von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure erforderlich. Der Stadt Rheinbach kommt dabei vor allen eine koordinierende Funktion zu.

Zu jedem Handlungsfeld zeigt das Klimaschutz-Teilkonzept konkrete Handlungsoptionen auf, sie werden hinsichtlich ihres Beitrages zur CO₂-Minderung, ihrer allgemeinen Wirtschaftlichkeit, der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, der interkommunalen Kooperationsmöglichkeiten und der aus Rheinbacher Sicht vorgenommenen Priorisierung qualitativ bewertet.

In einem Handlungsportfolio werden die betrachteten Handlungsoptionen unter den Aspekten Kosten und Umsetzungsgeschwindigkeit in Beziehung gesetzt (Abb. 5). Daraus lässt sich eine Priorisierung für die Umsetzung ablesen: die Handlungsoptionen im unteren linken Bereich sollten zuerst begonnen werden.

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 5 Handlungsportfolio]

Im Rahmen eines Handlungsplanes zur Umsetzung werden sechs Handlungsempfehlungen („Leuchtturmprojekte“) vorgeschlagen, mit denen ein großer Teil der Potenziale bereits bis 2020 mobilisiert werden können:

- **Solar-Kampagne mit dem Handwerk für private Bauherren und Gewerbe:**
 - Energieeffizientes und klimafreundliches Bauen als Voraussetzung, solarthermische Nutzung offensiv vermarkten, aktive Information und Beratung der privaten und gewerblichen Hauseigentümer, Kooperation mit dem Handwerk, standardisierte Leistungspakete des Handwerks, Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten zusammen mit Banken, Begleitung durch Förderanreize und Kommunikation
- **Baumesse mit Schwerpunkt „Klimafreundliche Energieversorgung“**
 - Ausweitung und Aufwertung der Baumesse durch erneuerbare Energien und Teilnahme der Hochschule, Ausstellung mit begleitender Veranstaltung, Schwerpunkt Energieeffizienz und Nutzung erneuerbare Energien, Kooperation mit dem Handwerk, Banken, Hochschule, Herstellern, Campus Altendorf u.a., Etablierung einer mehrjährigen Informationsplattform
- **Ausbau der Windenergie**
 - Überprüfung und Anpassung der Festsetzungen für das Sondergebiet Windenergieanlagen im Bebauungsplan "Bremeltal" (Windpark Flerzheim), Änderung des Bebauungsplanes mit dem Ziel, unter den im Zuge der Klimaschutzkonzepte ermittelten Rahmenbedingungen die Ansiedlung von Windenergieanlagen zu ermöglichen, frühzeitige Bürgerbeteiligung, Information und Transparenz in der Bürgerschaft, Schaffung und Erhaltung von Akzeptanz in der Bürgerschaft, Umsetzung des Bebauungsplanes
- **Bauherrenkampagne Geothermie**
 - Nutzung von Geothermie: Prüfung von Varianten an Beispielen, zentrale Bohrungen für einige Gebäude versus jedes Gebäude einzeln, Prüfung Nahwärmennutzungen, Erdwärmennutzung zur Heizung und Kühlung in Gewerbegebieten und bei Gewerbebauten exemplarisch darstellen, Technik zum Anfassen: Besichtigung von realisierten Anlagen, Informationsdichte über geothermisches Potenzial verbessern
- **Ausbau von Photovoltaik**
 - Stärkung der Informationsbasis über geeignete Dachflächen, attraktives Solarkataster, Ermittlung der wirtschaftlich attraktiven Dachflächen, Eigenverbrauchsnutzung mit Speicher für Privatgebäude und

Gewerbetreibende, Einbindung in Smart Grid-Lösungen, Ausweitung der GIS Datenbasis zu einer attraktiven Datengrundlage für jeden, gezielte Ansprache von Gewerbetreibenden mit großen Dach- oder Fassadenflächen

- **Mobilisierung ungenutzter Holzpotenziale**

- Energieholzproduktion nachhaltig erhöhen unter Einbeziehung von KUP, Schaffung von Kooperationen zur regionalen Energieversorgung auf Holzbasis, Information und Beratung z. B. der Gartenbau- und Gewerbebetriebe, Brennstoffhändler und Bauherren, Verwaltungen und Wohnbauträger, Aufbau einer Vermarktungsplattform für Holzhackschnitzel, Schaffung von regionalen Kreisläufen zur Holznutzung und –verwertung, Nutzung von holzartiger Biomasse aus Landschaftspflege und Obstbaumschnitt.

Zusammenfassung

Wie bereits die Zwischenergebnisse der Potenzialanalyse zeigten, liegt in Rheinbach ein gutes Potenzial zum Ausbau der erneuerbaren Energien vor. Durch das (sinnvolle) Zusammenwirken aller Energiearten ist eine erhebliche Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien in Rheinbach möglich. Neben den solaren Energiearten, der Windenergie und Geothermie hat auch die Holznutzung einen nicht unwesentlichen Anteil am Energiemix aus erneuerbaren Energien. Durch konsequentes Festhalten an der Doppelstrategie der Energieeinsparung einerseits und die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien andererseits erhöht sich der Anteil an erneuerbaren Energien im Energiemix maßgeblich.

Die Stadt Rheinbach kann nur einen Bruchteil der erforderlichen Maßnahmen zur Steigerung der erneuerbaren Energien selbst umsetzen, da sie nicht in ihrem Verantwortungsbereich liegen. Sie kann die Rahmenbedingungen schaffen und auf ein positives Klima hinwirken. Sie ist bei der Umsetzung als Impulsgeberin, Moderatorin und Koordinatorin gefragt, ihre Aufgabe besteht im Wesentlichen darin, die Aktivitäten anderer Akteure zu unterstützen.

Wenn diese Maßnahmen gelingen, wäre bis 2030 eine 14,5-fache Steigerung der Produktion von erneuerbaren Energien in Rheinbach möglich.

[Abbildung siehe Anlage 1: Abb. 6 Vergleich Gesamtenergieverbrauch 2012 – Anteil Erneuerbare Energien Potenziale]

Zur Schonung der Ressourcen wurde der 200seitige Abschlussbericht nicht als Anlage zur Sitzungsvorlage gedruckt, er ist digital im Ratsinformations-System zum Download hinterlegt. Nach Beschlussfassung durch den Rat wird allen Mitgliedern des Ausschusses ein Druck-Exemplar des Klimaschutz-Teilkonzeptes übergeben.

Der Abschlussbericht (Anlage 2) wird noch bis zum Sitzungstermin redaktionell überarbeitet. Die endgültige Fassung wird nach der Überarbeitung im Ratsinformationssystem eingestellt bzw. ausgetauscht.

Rheinbach, den 12.11.2013

gez. Stefan Raetz
Bürgermeister

gez. Robin Denstorff
Fachbereichsleiter

Anlagen:

Anlage 1: Abbildungen und Tabellen zur Beschlussvorlage

Anlage 2: Abschlussbericht Klimaschutz-Teilkonzept Erneuerbare Energien

(Die Anlage wird aufgrund ihres Umfangs nur elektronisch beigefügt, nach Beschlussfassung durch den Rat wird allen Mitgliedern des Ausschusses ein Druck-Exemplar des Klimaschutz-Teilkonzeptes übergeben)

Anlage 3: Anregungen aus der 2. Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung